



Kurzbericht

über die 21. Sitzung des **Sozialausschusses**

am Donnerstag, dem 22. November 2018, 14:00 Uhr
im Sitzungszimmer 139 des Landtags

Beginn: 14:05 Uhr

1. Bericht der Landesregierung zur Entweichung aus dem Maßregelvollzug in Schleswig mit Einbezug der Fachkräftesituation und des Personaleinsatzes bei begleiteten Ausgängen

Antrag der Fraktion der SPD

[Umdruck 19/1581](#)

Auf Antrag der Fraktion der SPD, [Umdruck 19/1581](#), nahm der Ausschuss einen Bericht der Landesregierung zur Entweichung aus dem Maßregelvollzug in Schleswig mit Einbezug der Fachkräftesituation des Personaleinsatzes bei begleiteten Ausgängen entgegen. Es schloss sich eine Diskussion an.

2. Bericht der Besuchskommission zum Maßregelvollzug

[Umdruck 19/1568](#)

Sodann nahm der Ausschuss einen Bericht der Besuchskommission zum Maßregelvollzug, [Umdruck 19/1568](#), entgegen und beschloss, am 14. und 17. Januar 2019 auswärtige Sitzungen in den Forensischen Kliniken in Neustadt und Schleswig durchzuführen.

3. Bericht der Landesregierung zu den Versorgungsengpässen im Grippeimpfstoff in Schleswig-Holstein und zukünftige Versorgungsplanung

Antrag der Fraktion der SPD

[Umdruck 19/1581](#)

Auf Antrag der Fraktion der SPD, [Umdruck 19/1581](#), ließ sich der Ausschuss von der Landesregierung zu den Versorgungsengpässen bei Grippeimpfstoff in Schleswig-Holstein und zur zukünftigen Versorgungsplanung berichten. Auf Antrag der Koalitionsfraktionen, [Umdruck 19/1629](#), führte er zudem eine kurze mündliche Anhörung durch.

4. Bericht der Landesregierung zur Zukunft der Inselklinik Fehmarn

Antrag der Fraktion der SPD

[Umdruck 19/1605](#)

Der Ausschuss nahm auf Antrag der Fraktion der SPD, [Umdruck 19/1605](#), einen Bericht der Landesregierung zur Zukunft der Inselklinik Fehmarn entgegen.

5. Ausbildung in den Gesundheitsfachberufen schulgeldfrei gestalten

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/437](#)

Gesundheitsfachberufe fördern

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

[Drucksache 19/479](#)

Im Einvernehmen mit der antragstellenden Fraktion der SPD empfahl der Sozialausschuss dem Landtag einstimmig, den Antrag der Fraktion der SPD, [Drucksache 19/437](#), für erledigt zu erklären.

Den Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, [Drucksache 19/479](#), mit dem Titel Gesundheitsfachberufe fördern empfahl er Ausschuss dem Landtag einstimmig in der Fassung des [Umdrucks 19/1640](#) zur Annahme.

6. Novellierung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze

[Umdruck 19/1570](#)

Der Tagesordnungspunkt wurde auf eine spätere Sitzung verschoben.

7. Entwurf eines Gesetzes zur Ausübung des Pflegeberufgesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 19/1003](#)

Den Gesetzentwurf der Landesregierung, [Drucksache 19/1003](#), zur Ausübung des Pflegeberufgesetzes empfahl der Ausschuss dem Landtag einstimmig mit den einstimmig angenommenen Änderungen des [Umdrucks 19/1625](#) zur Annahme.

8. Geschlechtliche Selbstbestimmung für alle Menschen verwirklichen

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/929](#)

Verwirklichung der menschlichen Selbstbestimmung umsetzen

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

[Drucksache 19/976](#)

Der Ausschuss empfahl dem federführenden Innen- und Rechtsausschuss mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der AfD gegen die Stimmen der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW, den Antrag der Fraktion der SPD, [Drucksache 19/929](#), dem Landtag zur Ablehnung zu empfehlen.

Den Alternativantrag der Koalitionsfraktionen, [Drucksache 19/976](#), mit dem Titel Verwirklichung der menschlichen Selbstbestimmung umsetzen empfahl er dem Innen- und Rechtsausschuss bei Enthaltung der AfD mit den Stimmen aller übrigen Fraktionen und der Abgeordneten des SSW, dem Landtag zur Annahme zu empfehlen.

9. Familienbildungsstätten in Schleswig-Holstein stärken

Antrag der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 19/968](#) (neu)

Den Antrag der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW, [Drucksache 19/968](#) (neu), setzte der Ausschuss von der Tagesordnung ab.

10. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesbehindertengleichstellungsgesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung
[Drucksache 19/935](#)

Zum Entwurf der Landesregierung zum Gesetz zur Änderung des Landesbehindertengleichstellungsgesetzes, [Drucksache 19/935](#), beschloss der Ausschuss, eine schriftliche Anhörung durchzuführen. Die Fraktionen wurden gebeten, ihre Anzuhörenden bis zum 28. November 2018 zu benennen.

11. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Krankenhausfinanzierungsgesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung
[Drucksache 19/936](#)

Den Gesetzentwurf der Landesregierung, [Drucksache 19/936](#), zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Krankenhausfinanzierungsgesetzes empfahl der Ausschuss dem Landtag einstimmig zur Annahme und nahm in Aussicht, sich in seiner nächsten Sitzung über das Krankenhausgesetz durch die Landesregierung berichten zu lassen.

12. Liste von Praxiseinrichtungen, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen, veröffentlichen

Antrag der Abgeordneten des SSW
[Drucksache 19/937](#)

Der Ausschuss vertagte die Beratung dieses Tagesordnungspunktes auf seine nächste Sitzung.

13. a) Erste Lesung des Entwurfes eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflegestellen

Gesetzentwurf der Abgeordneten des SSW
[Drucksache 19/1011](#)

b) Einführung einer verpflichtenden Kita-Datenbank

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
[Drucksache 19/1018](#)

Der Ausschuss vertagte die Beratung des Gesetzentwurfs und des Antrags der Koalitionsfraktionen auf eine seiner nächsten Sitzungen.

14. a) Bürgerfreundliche und verständliche Sprache in der Verwaltung fördern

Antrag der Fraktion der SPD
[Drucksache 19/980](#)

b) Bericht der Landesregierung „Barrierefreie Informationen zur Kommunalwahl“

Bericht der Landesregierung
[Drucksache 19/1002](#)

Der Ausschuss beschloss, sich der vom Innen- und Rechtsausschuss beschlossenen Anhörung zum Antrag der Fraktion der SPD, [Drucksache 19/980](#), anzuschließen und stellte den Fraktionen anheim, gegebenenfalls weitere Anzuhörende zu benennen und spezifische Fragen an diese zu formulieren.

Den Bericht der Landesregierung empfahl er dem Innen- und Rechtsausschuss einstimmig, dem Landtag zur Kenntnisnahme zu empfehlen.

15. Informationsreisen des Ausschusses (Berlin und Schweden)

Der Ausschuss kam überein, sich in seiner nächsten Sitzung mit Terminvorschlägen zu den für das Jahr 2019 in Aussicht genommenen Informationsreisen nach Berlin und Schweden zu befassen.

16. Verschiedenes

Zum Tagesordnungspunkt Verschiedenes lag nichts vor.

Schluss: 18:05 Uhr

gez. Thomas Wagner